

Man muss schon weit in die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland zurückgehen, um eine ähnliche Opferbereitschaft wie die bei der verheerenden Sommerflut im letzten Jahr zu finden. Das „höchste Spendenaufkommen seit dem Zweiten Weltkrieg“ stellte das Deutsche Rote Kreuz fest, nachdem sich ungezählte Helfer in den Osten aufgemacht hatten. Wer hätte uns ein solches Ausmaß an Solidarität zugetraut? Wir Deutsche uns selbst wohl am allerwenigsten. Mit einem zeitlichen Abstand stellt sich jedoch die spannende Frage: Hat sich in Deutschland mit diesem unerwarteten Ausdruck der Hilfsbereitschaft etwas Grundlegendes verändert? Wie sieht eine soziologische Nahaufnahme des „helfenden Deutschen“ aus? Stehen die Bundesbürger wirklich wieder fest in der Not zusammen? Und hilft uns dies für die augenblickliche konjunkturelle Krisenzeit, der wir noch lange nicht entkommen sind? Kurzum: Welche Auswirkungen hat dies alles auf die Debatte über das Verhältnis von Individuum und Gemeinschaft, Eigennutz und Gemeinwohl, Privatorientierung und Gemeinsinn – ein Thema, das Bundeskanzler Gerhard Schröder Mitte März gerade erst zum Gegenstand seiner lange Zeit mit Spannung erwarteten Grundsatzrede „Zur Lage der Nation“ gemacht hat.

Das Thema ist mithin aktueller denn je. Doch im Gegensatz zur nationalen Naturkatastrophe – von der der Kanzler bei der letzten Bundestagswahl ja nicht unmaßgeblich profitierte – bietet sich heute,

mehrere Monate nach der medialen Krisenberichterstattung, ein gänzlich anderes Bild: Im Deutschland der nationalen Wirtschaftskrise wird nämlich zurzeit die Kluft zwischen Gemeinwohl und individuellem Eigennutz zusehends größer. Darauf deuten verschiedene volkswirtschaftliche Parameter hin.

Destabilisierung durch Schwarzarbeit

Nehmen wir nur die neuesten Zahlen in puncto Schwarzarbeit: Im laufenden Jahr ist die Schattenwirtschaft mit einem Umsatz von 350 Milliarden Euro zu der mit Abstand erfolgreichsten Branche geworden. Für 2003 rechnen Experten mit einem weiteren Anstieg um sieben Prozent. Damit wird das Wachstum der Schwarzarbeit das vom Sachverständigenrat und von den Wirtschaftsforschungsinstituten prognostizierte Wachstum des offiziellen Bruttoinlandsprodukts von rund einen Prozent erneut deutlich übertreffen. In Relation zum offiziellen Bruttoinlandsprodukt erreicht die Schwarzarbeit mit knapp 17,1 Prozent abermals ein neues Rekordhoch. Im Vorjahr hat das entsprechende Verhältnis noch etwa 16,6 Prozent betragen. Deutschland lag dabei immer in etwa im Mittelfeld der OECD-Länder. Heute nimmt es hingegen schon einen Platz leicht über dem OECD-Durchschnitt ein.

Was dabei die derzeitige Entwicklung bei uns so dramatisch macht, ist der schlichte Umstand, dass die, die da „schwarzes“ Geld verdienen, sich nicht mehr dem staatlich organisierten Gemein-

wohl unterwerfen wollen. Sie sind geradezu zu Aussteigern aus dem bundesrepublikanischen Gesellschaftsvertrag der Nachkriegszeit mit seinem generationenübergreifenden Solidarprinzip geworden. Nicht zuletzt tragen sie so dazu bei, dass in diesem Jahr mehr Unternehmen als jemals zuvor Insolvenz anmelden müssen und unsere Sozialsysteme weiter destabilisieren – auf Kosten der Allgemeinheit.

Oder ein anderes Beispiel: Spiegelbildlich zur Problematik der ansteigenden „Schwarzarbeit“ ließe sich auch auf die stark ansteigenden Fälle von Steuer- und Abgabenhinterziehung verweisen. Die jüngsten Beschlüsse der europäischen Finanzminister zu einer EU-weiten Harmonisierung der Zinsbesteuerung haben erst wieder die Aufmerksamkeit darauf gelenkt, dass bundesdeutsche Anleger zurzeit rund 400 Milliarden Euro am deutschen Fiskus vorbei im Ausland angelegt haben. Eine Rekordsumme! Unnötig zu sagen: Wer Geld am Fiskus vorbei ins Ausland schafft, pfeift auf diesen Staat und auf die Interessen, die die öffentliche Hand im Namen aller wahrnimmt – nur, um sie an anderer Stelle natürlich für sich selbst nur allzu gerne selbst in Anspruch zu nehmen.

Gesetzlich oder privat?

Aber auch dort, wo die Abkehr vom altertümlichen bundesrepublikanischen Solidar- und Gemeinwohlprinzip sozusagen „ganz legal“ vollzogen werden kann, kehren Bundesbürger mittlerweile scharenweise den einschlägigen Institutionen den Rücken. Das gilt beileibe nicht nur für das viel bemühte Beispiel der Kirchenaustritte und die Folgen für die Caritas. Die aktuelle Diskussion um die Krankenversicherung ist von ungleich dramatischerer Dimension. Auf über vierzehn Prozent sind die Beitragssätze der Gesetzlichen Krankenversicherung mittlerweile in den letzten vier Jahren geklettert. Die Folge: Allein seit 2001 flüchteten

325 000 freiwillig Versicherte in die privaten Krankenkassen. 7,7 Millionen Kunden haben in Deutschland mittlerweile eine private Vollversicherung. So viele wie noch nie. Mit guten Gründen oder auch nicht – hier interessiert vor allem eins: Sie alle verabschieden sich aus dem seit Bismarck bestehenden staatlichen System der solidarischen Krankenversicherung. Auf Kosten des Gemeinwohls.

Und selbst innerhalb des Systems der Gesetzlichen Krankenkassen tobt seit der Wahlfreiheit bei der Kassenzugehörigkeit aus dem Jahr 1996 der Wettbewerb um die Pflichtmitglieder zwischen den Betriebskrankenkassen mit ihren niedrigeren Beitragssätzen auf der einen und den Allgemeinen Ortskrankenkassen und Innungs- und Ersatzkassen auf der anderen Seite. Verlierer auch hier: das althergebrachte staatlich organisierte Solidarprinzip innerhalb der Krankenversicherungen, das durch den Risikostrukturausgleich zwischen den Kassen Benachteiligungen für alle Versicherten auszugleichen versucht.

Kommunale Rekordeinbußen

Viele Bundesbürger praktizieren dabei im Kleinen nur das, was Wirtschaft und Politik ihnen im Großen vormachen: Da sichern sich nach der jüngsten Steuerreform Unternehmen durch Verlustvorträge Steuervorteile und drücken ihre Gewerbesteuer vielerorts auf null. Von heute auf morgen reißen sie damit riesige Löcher in die kommunalen Haushalte. Städte und Kommunen, so musste erst zu Jahresbeginn die Präsidentin des Deutschen Städtetages, Petra Roth, beklagen, müssten in diesem Jahr mit Rekordeinbußen rechnen. Immer mehr Kommunen müssen ihre Personal- und Sozialausgaben über kurzfristige Kassenkredite finanzieren. Die kommunale Daseinsvorsorge steht so vielerorts vor dem Zusammenbruch. Besonders betroffen: Der Katalog der freiwilligen kommunalen

„Gemeinwohl“-Leistungen – Zuschüsse für Vereine, für Jugendarbeit und soziale Zwecke. Er schmilzt zurzeit allerorts auf das absolut Notwendige zusammen.

Und was auf kommunaler Ebene zu beobachten ist, setzt sich auf Länderebene fort: Reiche „Nettozahler“-Länder wollen im viel diskutierten Länderfinanzausgleich nicht weiter für arme Länder zahlen. Verlängert, auf europäischer Ebene, erleben wir einen ähnlichen Streit um Fördergelder zwischen alten und neuen EU-Mitgliedsstaaten.

Folgen wachsender Ungleichheit

Wohin man auch sieht – die alte, vom Staat Bismarckscher Provenienz organisierte Solidargemeinschaft in Deutschland steht in der Kritik. Doch was folgt ihr? Ein Blick in Richtung USA mag da helfen. Dort warnen Sozialwissenschaftler nämlich mittlerweile schon vor einer rapide anwachsenden „Entsolidarisierung“ der Gesellschaft. Neueste Zahlen zeigen, dass die Kluft zwischen Arm und Reich weiter anwachsen wird. So ist bei den Brutto-Einkommen die Ungleichheit heute ausgeprägter als je zuvor in den letzten zwanzig Jahren. Der angesehene „New-York-Times“-Kolumnist Paul Krugman diagnostiziert zum Beispiel in einem viel beachteten Aufsatz im Herbst bereits das Ende des Mittelstands in Amerika: Während die Durchschnittslöhne in den vergangenen 29 Jahren um zehn Prozent auf knapp 36 000 Dollar pro Jahr stiegen, rechnet Krugman vor, kletterten die Gehälter der einhundert führenden Vorstandsvorsitzenden um 2800 Prozent, von 1,3 Millionen Dollar auf 37,5 Millionen Dollar pro Jahr. Ein Firmenchef verdient heute demnach zehntausendmal so viel wie ein normaler Arbeiter. Eine Tatsache, die den Publizisten Kevin Phillips in seinem Bestseller „Wealth and Democracy“ zu der Warnung veranlasste, Amerika drohe die „Plutokratie“. Paul Krugman urteilt, wenngleich vorsichtiger, so doch ähnlich:

„Am Ende der derzeitigen Konjunkturschwäche werden wir uns mit ziemlicher Sicherheit in einer Gesellschaft wiederfinden, in der die Ungleichheit größer geworden ist als in den späten Neunzigern.“

Nun muss es in Deutschland in aller Konsequenz nicht ganz so schlimm kommen wie in den USA. Zu unterschiedlich historisch gewachsen sind die Sozialstrukturen in beiden Gesellschaften. Und doch sind Ursachen für die sich abzeichnenden sozialen Veränderungen ähnlich. Sowohl jenseits des Atlantiks als auch bei uns sortiert sich zurzeit die Gesellschaft neu. Zum Teil geschieht dies unmerklich und in einem schleichenden Prozess. Zum Teil aber auch eruptiv und mit folgenschweren Verwerfungen.

Mehr Eigenverantwortung

Aber während die Bürger in den angelsächsischen Demokratien trotz aller vergleichbaren Bedrohungs- und Verlustängste bereitwillig Verantwortung übernehmen und so wenig Staat wie möglich fordern, sind wir Deutsche anscheinend noch langenichtsweit. Zusehr richten wir unsere Blicke immer noch auf Vater Staat und auf die althergebrachte staatliche Daseinsvorsorge, während uns gleichzeitig zunehmend schmerhaft bewusst wird, dass wir für die eigene Existenzsicherung und das persönliche Fortkommen zunehmend mehr eigene Verantwortung übernehmen müssen. Nicht zufällig ist so vielleicht die „Ich-AG“ – sprachlich verhunzt durch die Ergebnisse der Hartz-Kommission – symptomatisch für diese Zeit dieses Übergangs, in der in Deutschland eben noch lange nicht das zusammenwächst, was zusammengehört, sondern das auseinander driftet, was scheinbar nicht länger füreinander aufkommen will.

Nichts bleibt, wie es war

Der Politikwissenschaftler Herfried Münker deutet dieses Phänomen als Suche

nach verloren gegangenen Gewissheiten in der Gesellschaft und als ernüchternde Einsicht, dass nichts mehr so ist, wie es in den siebziger Jahren beispielsweise noch war. Das, so Münkler, hat tiefere Gründe als nur den, dass der ökonomische Zyklus, der die Prosperitätsperiode der fünfziger, sechziger und frühen siebziger Jahre getragen hat, mittlerweile zum Abschluss gekommen ist: Die politischen Handlungsoptionen, wie sie sich im Verlaufe des 19. Jahrhunderts herausgebildet haben – seien es nun die Erwartungen in die Selbstregulationsfähigkeit des Marktes oder die Interventionsfähigkeit des Staates –, haben sich heute weitestgehend verbraucht. Die Grundpfeiler, auf denen nach 1945 die gesellschaftliche und politische Ordnung in Westeuropa errichtet worden ist, sind dahin. Genauer gesagt: Sie sind an ihre volkswirtschaftlichen Grenzen gestoßen.

Deshalb verwundert es auch nicht, wenn in Deutschland Arbeitnehmer und

Arbeitgeber, die allein im laufenden Jahr mehr als neun Milliarden Mark zusätzlich an Sozialbeiträgen zahlen müssen, dies als alles andere als eine Stärkung des Gemeinwohl-Gedankens ansehen und sich bei einer Staatsquote von 47 Prozent zunehmend fragen: Was kann, was muss und was darf der Staat künftig tun? Und wie viel öffentliche Hand brauchen wir in Zukunft noch, und auf was können wir verzichten? Bei der Beantwortung dieser Frage lohnt wiederum ein Blick in Richtung USA. Dort braucht es keine nationalen Hochwasserkatastrophen, um das Prinzip der Subsidiarität und des bürgerlichen Engagements hochzuhalten. Nicht zuletzt trotz (oder gerade wegen) der tiefen sozialen Einschnitte während der Präsidentschaft George W. Bushs erlebt der „compassionate conservatism“ in Amerika eine ungeahnte Blüte. Der kleine Unterschied ist allerdings: Die Staatsquote in den USA beträgt gerade einmal dreißig Prozent.

Strukturkrise

„Die Bilanz nach fünf Jahren Rot-Grün fällt mäßig aus. Kleinere Erfolge – wie die Haushaltkskonsolidierung der ersten Jahre, die Steuerreform und die Einführung der so genannten Riester-Rente – verblassen vor dem Hintergrund einer Strukturkrise, die Schröder nicht verursacht, aber zu lösen hat.“

Seit seinem Amtsantritt wurden die Schulden um 116 Milliarden Euro erhöht, die Zahl der Arbeitslosen legte um 21 Prozent zu. Die Unternehmensinsolvenzen stiegen um 35 Prozent. Als er sein Versprechen abgab, die Arbeitslosenzahl auf 3,5 Millionen zu senken, rechnete er noch mit einem veritablen Aufschwung, der ihn aller Probleme entledigen würde.

Dass bislang der dringend benötigte Reformschub ausblieb, geht auch zu seinen Lasten: Aus dem einst forschen Modernisierer ist ein Absicherungsexperte geworden, der vor allem in den Kategorien von Machtbalance und parteipolitischer Symmetrie denkt. So wurde aus dem Klartextredner früherer Jahre ein Verfechter des kräftigen Sowohl-als-auch.“

Der Spiegel am 17. März 2003